Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 155 (1989)

Heft: 2

Artikel: Friedenspolitik statt Landesverteidigung?

Autor: Spillmann, Kurt R.

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-59313

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Friedenspolitik statt Landesverteidigung?*

Prof. Dr. Kurt R. Spillmann

Kann Friedenspolitik die Funktion der Landesverteidigung übernehmen?

Mit dieser Frage konfrontiert uns die Initiative «Für eine Schweiz ohne Armee und für eine umfassende Friedenspolitik», über die im Herbst dieses Jahres abgestimmt werden soll. Und über diese Frage lohnt es sich in der Tat nachzudenken, besonders in einer Zeit, in der die Supermächte echte Fortschritte im Abrüstungsprozess zu machen scheinen und die Verflechtungen zwischen den Staaten der industrialisierten Welt so zugenommen haben, dass nur noch schwer ein «klassisches» Kriegsszenario mit einem rational erkennbaren «Gewinn» aus kriegerischen Handlungen vorstellbar ist. Ist es also nicht richtig, das Kriegsgerät definitiv zum alten Eisen zu legen und durch die moderneren Mittel einer aktiven Friedenspolitik, unterstützt durch die Erkenntnisse einer modernen Friedensforschung, zu ersetzen?

Die grundlegende Frage

Die dieser Diskussion zugrunde liegende Frage heisst heute noch – gleich wie für die Stämme der Vorgeschichte, für die Epochen der frühen Hochkulturen und für die Jahrhunderte der vornuklearen Kriegführung: Wie können wir Leben, Land und Lebensweise für uns und unsere Nachkommen sichern? Und diese Frage ist heute so wenig beantwortbar wie je im ganzen Lauf der Geschichte. Aber schon die frühesten Kulturerzeugnisse sind Belege für die Anstrengungen, die unternommen wurden, um in einer ewig unsicheren Gegenwart Sicherheit zu erzeugen. Sobald der Mensch zu denken anfing, begann er sich in die Zukunft hinein zu sorgen und Vorsorge zu treffen für Leib und Leben. Tonkrüge und andere Vorratsgefässe galten der Vorsorge gegen den Hunger. Zäune, Wälle und Gräben oder Waffen galten der Vorsorge gegen tierische und menschliche Feinde. Die Mittel der Vorsorge sind im Laufe der Zeit anders, immer moderner geworden, nicht aber das grundlegende Motiv: die Sorge um Sicherheit.

Die immer gleiche Grundsorge um Leib und Leben beschäftigt auch uns. Auch wir fühlen uns nicht sicher in diesem Leben, denn unausweichlich gewiss steht am Ende der Tod, dem wir mit Hilfe unserer individuellen wie kollektiven Vorsorge- oder Absicherungsmassnahmen so lange wie möglich ausweichen wollen.

Aber auch die Verfügungsgewalt über unseren Leib und unsere selbstgewählte Lebensart wollen wir in der eigenen Hand behalten und gegen fremden Zugriff nach Möglichkeit absichern. Dabei ist unser Sicherheitsbedürfnis nie endgültig zu befriedigen, da wir uns der Unvollkommenheit unserer Vorsichts- und Vorsorgemassnahmen immer schmerzlich bewusst bleiben: Denn letztlich fallen wir ja alle dem Tod anheim! So streben wir unabhängig vom Grad der schon gewonnenen nach immer mehr Sicherheit.

Streben nach Sicherheit

Das Streben nach Sicherheit folgt grob gesehen zwei verschiedenen Wegen: Wer sich aufgrund bestehender Vorkehrungen schon etwas sicherer fühlt, möchte das Erreichte *bewahren.* Veränderungen sind für ihn nur dann attraktiv, wenn sie nicht mit Einbussen an schon erreichter Sicherheit bezahlt werden müssen. Wer hingegen den bestehenden Sicherheitsgrad als ungenügend betrachtet, ist an Bewahrung nicht interessiert. Er wünscht *Veränderungen* zum Besseren, für die er den Ist-Zustand gerne preisgibt.

Wer in erster Linie auf Bewahrung aus ist, wird in unserer politischen Terminologie deshalb *konservativ* (von «konservieren», das heisst bewahren) genannt. Zu dieser Haltung gehört ein gewisses Misstrauen gegenüber der Zukunft, da sie ebenso leicht Verlust wie Gewinn bringen kann. Die andere Haltung wird *progressiv* oder «fortschrittlich» genannt. Aus ihr spricht Vertrauen in die Zukunft, oder mindestens ein Überwiegen der Hoffnung in die positiven Entwicklungen der Zukunft.

Entsprechend verschieden kann die Frage beantwortet werden, ob es an der Zeit sei, mit der traditionellen Art der Absicherung durch bewaffnete Verteidigung zu brechen und auf eine radikal neue Art, mit politischen Mitteln, das heisst den Mitteln der Vernunft und der Einsicht, Sicherheit zu produzieren.

Bewaffnete Verteidigung. Auf der einen Seite überwiegt das Bewusstsein, dass die überlieferte Sicherheitspolitik der bewaffneten Neutralität uns schon manche gefährliche Situation heil überstehen liess, in der unser Land, unser Leben und unsere Lebensweise in Gefahr waren, unter die Verfügungsgewalt eines mächtigeren Nachbarn zu geraten. Vor allem die Generation jener Schweizerinnen und Schweizer, die sich noch lebhaft an die Situation des Zweiten Weltkrieges erinnert, ist deshalb in ihrer Mehrheit nach wie vor von der Nützlichkeit einer bewaffneten Landesverteidigung überzeugt. Sie hat die Brüchigkeit von Versprechen und die geringe Geltung von Verträgen (Hitler wiederholte immer wieder, dass nur der Sieg entscheide, was Recht sei) erlebt und erfahren. Sie beurteilt auch die Gegenwart aus dieser persönlichen Erfahrung heraus. Sie traut politischen Absprachen zu wenig, um ihnen allein die Sicherung von Leben, Land und Lebensweise für uns und unsere Nachkommen zu überlassen.

Klimaveränderung ausnützen. Auf der anderen Seite – mehrheitlich bei Angehörigen der jungen Generation – überwiegt das idealistische Bedürfnis nach einer besseren, gerechteren Welt ohne die ständige psychische Belastung durch das Wissen um gewaltige und jederzeit einsatzbereite militärische Vernichtungspotentiale. Die Bereitschaft zur Verteidigung des Erworbenen mit den Mitteln der Landesverteidigung erscheint vielen als verstaubtes Spiessbürgertum angesichts der heute und jederzeit möglichen Gefahr der Selbstvernichtung der Menschheit in einem nuklearen Holocaust. Und da die Verwicklung der Schweiz in einen Krieg in jedem Fall unannehmbare Schäden und Verluste zur Folge hätte, scheint es unabdingbar, in dieser Situation alle Anstrengungen zu unternehmen, um das Staatensystem grundsätzlich zu verändern, auf eine andere Basis zu stellen und durch die Abschaffung der Streitkräfte zu erneuern.

Die jüngsten Entwicklungen der Beziehungen zwischen den Supermächten scheinen solche Hoffnungen zu ermutigen. Ein erster Abrüstungsvertrag für nukleare Mittelstreckenwaffen ist in

* Vierter Artikel der ASMZ-Reihe zum Thema «Schweiz ohne Armee». Alle acht geplanten Beiträge werden nach Abschluss der Serie den Abonnenten nochmals in Form einer Sonderbeilage zugestellt.

Kraft. Weitere Abrüstungsverträge im Bereich der strategischen Nuklearwaffen, der chemischen und der konventionellen Waffen stehen vor dem Abschluss oder sollen in naher Zukunft ausgehandelt werden. Gorbatschow hat einseitige Rüstungsreduktionen im Umfange von sechs Panzerdivisionen angekündigt. Sind das nicht Zeichen einer Klimaveränderung, die ausgenützt werden sollten? Und könnte da die Schweiz nicht ein Vorbild sein und als erste ihre Streitkräfte abschaffen? Könnte dieses Beispiel nicht eine Kettenreaktion auslösen? Sollte das Wagnis also nicht eingegangen werden, damit als Frucht des Risikos eine sicherere Welt entsteht?

Die Zahl jener Konservativen ist gering, die *nur* der militärischen Landesverteidigung als Mittel zur Herstellung von Sicherheit trauen. Grösser hingegen ist die Zahl jener Progressiven, die glauben, bei der Produktion von Sicherheit für unser Land auf die militärische Landesverteidigung gänzlich verzichten zu können.

Zwischen diesen beiden weit auseinanderliegenden Haltungen liegt ein weites Feld an Einstellungen, die sich um ein «Sowohl-als-Auch» bemühen.

Im Mittelfeld des Realismus operiert auch die schweizerische Landesregierung. Sie lehnt die Abschaffung der Armee ebenso entschieden ab, wie sie einen aktiveren schweizerischen Beitrag zur internationalen Friedenssicherung befürwortet.

Schon 1984 erklärte der Bundesrat in den Richtlinien zur Regierungspolitik 1983–1987: *«Friedenssicherung kann nicht nur defensiv erfolgen, sie verlangt auch – wie in der Konzeption der Gesamtverteidigung festgelegt – Aktivität nach aussen. Mit seiner Aussenpolitik sucht unser Land an der Sicherung des Friedens und am Aufbau einer gerechten und stabilen Weltordnung mitzuwirken.»*[1]

Im «Bericht über die Friedens- und Sicherheitspolitik der Schweiz», die der Bundesrat in Beantwortung der Postulate Muheim und Pini im Sommer 1988 veröffentlichte, werden die schweizerischen Beiträge zur internationalen Friedenssicherung auf universaler und auf regionaler Ebene, die Politik der Guten Dienste und die verschiedenen personellen und materiellen Mittel dargelegt, die die Schweiz bereits heute konkret zum Einsatz bringt, und das ist – wie die folgenden ausgewählten Hinweise zeigen – gar nicht so wenig.

Elemente der schweizerischen Friedenspolitik

Entwicklungszusammenarbeit. Das Bundesgesetz von 1976 über die internationale Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe legt den Zusammenhang zwischen Entwicklungshilfe und Friedenspolitik so dar: «Die Politik der internationalen Solidarität ist naturgemäss auch eine Politik des Friedens, und zwar des Friedens für uns selbst und des Friedens in der Welt überhaupt. Die internationale Entwicklungszusammenarbeit ordnet sich dieser Zielsetzung ein. Sie soll zur Überwindung gewisser fundamentaler Ungleichheiten innerhalb der Völkergemeinschaft und der sich daraus ergebenden Spannungen und Konfliktgefahren beitragen; auch soll durch sie nach Möglichkeit vermieden werden, dass der Entwicklungsprozess gewaltsame und kriegerische Form annimmt.»[2]

Neben diesen Anliegen – Stabilität und Abbau von Spannungen – gehören die Wiederherstellung und Erhaltung des demographischen und ökologischen Gleichgewichtes zu den ausdrücklichen Zielen der Entwicklungszusammenarbeit des Bundes. Für diese Ziele wurden 1987 aus öffentlichen Geldern von Bund, Kantonen und Gemeinden 718 Millionen Franken ausgegeben (ohne die Hilfeleistungen aus Stiftungen und privaten Organisationen, die nochmals 120 Millionen Franken betrugen); und im gleichen Jahr 1987 wurden 3,2% aller Bundesausgaben für die Unterstützung von Dutzenden von Projekten und Programmen in Entwicklungsländern aufgewendet.[3]

Humanitäre Hilfe. Schon in den sechziger Jahren wurde in der Schweiz die Idee einer «Friedenstruppe» für den Einsatz bei Hilfsaktionen erwogen. Daraus entstand *das Schweizerische Katastrophenhilfekorps.* Seit 1974 leistet es im Ausland Hilfe nach Natur- und Zivilisationskatastrophen, im Dezember 1988 auch in der Sowjetunion (nach der Erdbebenkatastrophe in Armenien). Allein im Jahr 1987 leisteten Angehörige des Katastrophenhilfekorps insgesamt 9350 Einsatztage in 20 Ländern.[4]

Menschenrechtspolitik. Entwicklungszusammenarbeit wie humanitäre Hilfe sollen auch die Bedingungen für die Ausübung der Menschenrechte verbessern und stellen in diesem Sinne einen wesentlichen Teil der schweizerischen Menschenrechtspolitik dar, wie sie vom Bundesrat im «Bericht über die schweizerische Menschenrechtspolitik» vom 2. Juni 1982 formuliert wurde[5]. So arbeitet die Schweiz aktiv in internationalen Institutionen (Europarat, Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen, IKRK, Internationale Juristenkommission) mit und beteiligt sich an der Ausarbeitung von völkerrechtlichen Normen. Bei Menschenrechtsverletzungen interveniert sie bei den betreffenden Regierungen.

Beteiligung an friedenserhaltenden Operationen. Die Schweiz ist seit Jahren direkt und indirekt (das heisst durch finanzielle Unterstützung) an friedenserhaltenden Operationen beteiligt. Seit 1953 sind schweizerische Offiziere in der Neutralen Überwachungskommission in Korea vertreten. An den «Blauhelmaktionen» der UNO hat sich die Schweiz bisher nur finanziell beteiligt. Sie unterstützte die Operationen anlässlich der Kongo- und Suezkrise, leistet seit 1964 Beiträge an die UNO-Truppen in Zypern, stellt der UNO-Waffenstillstands-Beobachtungsorganisation im Nahen Osten ein von der Balair betriebenes Flugzeug samt Besatzung zur Verfügung und bezahlt seit 1988 jährlich 2 Millionen Franken an die Kosten der UNO-Friedenstruppe im Libanon.

Diese bisherigen Leistungen nehmen sich bescheiden aus angesichts des schweizerischen Wohlstandes und des guten Rufes, dessen sich die Schweiz als neutraler Staat in der ganzen Welt erfreut. Diese Tatsache musste sich die Schweiz anlässlich des offiziellen Besuches des UNO-Generalsekretärs Perez de Cuellar am 18. April 1988 in Bern eingestehen. Die Schweiz war nur zu einem geringen Teil in der Lage, der langen Liste von Wünschen des Generalsekretärs für aktive Mithilfe der Schweiz bei friedenserhaltenden Massnahmen zu entsprechen. Deshalb hat der Bundesrat 1988 auch den Ausbau dieses aktiven Elementes der schweizerischen Sicherheitspolitik beschlossen und ist bereit, während der Jahre 1989 bis 1992 jährlich 15 Millionen Franken auszugeben, um bestehende oder neue friedenserhaltende Operationen zu unterstützen. Vorgesehen ist die Lieferung von Sanitäts- und Logistikmaterial – unter anderem demnächst für den Einsatz in Namibia – die Bereitstellung eines Transportflugzeuges, nicht aber die Entsendung von Truppen im Rahmen von Blauhelmkontingenten. So erfreulich der Entschluss zu aktiverem Auftreten ist, er dürfte durchaus noch weiter gehen und trotz der Nichtmitgliedschaft der Schweiz bei der UNO auch die truppenmässige Beteiligung an Blauhelmkontingenten einschliessen.

Rüstungskontrolle und Abrüstung. Die Schweiz arbeitet bereits jetzt im Rahmen der «Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa» (KSZE) aktiv mit an der Entwicklung von Massnahmen und Konzepten der Rüstungskontrolle und Abrüstung. Seit der Unterzeichnung des Schlussdokumentes der KSZE in Helsinki im Jahre 1975 haben sich die Delegierten der Schweiz immer wieder massgebend an der Weiterentwicklung des internationalen Dialogs über Rüstungskontrolle, vertrauensbildende Massnahmen und

Abrüstung beteiligt. Auch an der 3. KSZE-Folgekonferenz, die in Wien das Mandat für Abrüstungsverhandlungen im Bereich der konventionellen Waffen ausarbeitet, ist die Schweiz aktiv beteiligt. An der im Rahmen der UNO tagenden internationalen Abrüstungskonferenz von Genf nimmt die Schweiz durch einen Beobachter an der Arbeitsgruppe teil, die über ein umfassendes Verbot für chemische Waffen berät. Auch wirkte ein Schweizer Experte auf Ersuchen des UNO-Generalsekretärs im Rahmen einer Untersuchungskommission mit, die Einsätze chemischer Kampfstoffe im iranisch-irakischen Krieg untersuchte.

Gute Dienste. Die Schweiz hat bereits eine lange Tradition, ihre Vermittlungsdienste anderen Nationen zur Verfügung zu stellen, wenn es um die friedliche Beilegung von Streitigkeiten, die Übernahme von Schutzmachtmandaten oder die Vertretung beziehungsweise den Schutz fremder Interessen geht. So vertrat die Schweiz während des Ersten Weltkrieges 25 Staaten in Ländern, mit denen die Betroffenen keine diplomatischen Beziehungen mehr unterhielten. Im Zweiten Weltkrieg erhöhte sich die Zahl solcher Mandate auf 35. Gegenwärtig vertritt die Schweiz die Interessen von 14 Staaten, darunter die iranischen in Aegypten und Südafrika, die britischen in Argentinien und die amerikanischen in Kuba und im Iran.

Die Möglichkeiten der Schweiz, in diesem Bereich aktiver zu werden als bisher, sind eng beschränkt, denn – so gut der Ruf der Schweiz auch ist – sie kann nur aktiv werden, wenn sie darum gebeten wird. Zudem ist die Vermittlung heute eher eine Sache internationaler Organisationen geworden, wie die Einbeziehung von Perez de Cuellar in die Beendigung des iranisch-irakischen Krieges zeigt. Die Schweiz sollte ihre Möglichkeiten in diesem Bereich also nicht überschätzen.

Weit bedeutungsvoller sind die Guten Dienste, die die Schweiz dadurch zu leisten vermag, dass sie internationalen Organisationen und Konferenzen auf ihrem Territorium Gastrecht und Schutz gewährt. Dabei ist anlässlich des Genfer Gipfels von 1985 oder der Palästina-Debatte der UNO in Genf vom Dezember 1988 deutlich geworden, dass die Armee an die umfassenden Sicherheitsmassnahmen, die bei derartigen internationalen Veranstaltungen nötig sind, einen entscheidenden Beitrag leistet und damit die weltweit sichtbarste Dienstleistung der Schweiz für den internationalen Frieden aktiv unterstützt. (In vergleichbarer Weise hat die Armee auch den Schutz der internationalen Flughäfen von Zürich-Kloten und Genf-Cointrin gegen Terrordrohungen sichergestellt).

Forschung. 1980 reichte Nationalrat Heinrich Ott eine Initiative ein, mit der er die Gründung eines schweizerischen Instituts für Konfliktforschung beantragte. Auch wenn der Nationalrat diese Initiative nicht unterstützte, so existieren heute in der Schweiz doch verschiedene Institutionen, an denen Konfliktforschung betrieben wird: die Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse an der ETH Zürich, das Programm «Strategische Studien und internationale Sicherheit» des Institut Universitaire de Hautes Etudes Internationales in Genf sowie die Politologischen Forschungsstellen der Universitäten Zürich, Genf und der Hochschule St. Gallen.

Die interdepartementale «Arbeitsgruppe Gute Dienste und internationale Friedenssicherung» (AGDIF) fördert mit jährlichen Beiträgen von 360 000 Franken Forschungsprojekte in den Bereichen Sicherheitspolitik, gute Dienste und Internationale Friedenssicherung. Und schliesslich wurde 1988 die private Schweizerische Friedensstiftung ins Leben gerufen, die es sich zur Aufgabe machen will, die Erkenntnisse der Konfliktforschung einer breiteren Öffentlichkeit bekannt zu machen.

Dass die Schweiz in diesem Bereich durch verhältnismässig bescheidene Erhöhung des Aufwandes noch sehr viel mehr leisten könnte, steht ausser Frage.

Ausbildung. Ein eigenes Ausbildungsprogramm mit Hochschulabschluss in «Konfliktanalyse/Konfliktmediation» besteht nicht. Hingegen werden einschlägige Lehrveranstaltungen von den meisten Hochschulen im Rahmen der Ausbildungsprogramme in Politologie oder Geschichte angeboten. Ein besonderes zweijähriges Ergänzungsstudium zur Ausbildung von sicherheitspolitischen Experten wird seit 1986 in Genf durchgeführt.

IKRK. Selbst in einer summarischen Darstellung der schweizerischen Friedenspolitik darf das Internationale Komitee vom Roten Kreuz nicht fehlen, auch wenn es eine private Organisation ist. Es vertritt die Schweiz in so prominenter und wirkungsvoller Art nach aussen, und die Schweiz verdankt dem Roten Kreuz so viel von ihrem Ruf als humanitäre Nation, dass es zu den wichtigsten Elementen unter den schweizerischen Tätigkeiten zugunsten des Friedens gezählt werden sollte.

Die hier aufgeführten Elemente der schweizerischen Friedenspolitik bilden ein bereits recht weit gespanntes, wenn auch durchaus noch ausbaufähiges Instrumentarium. *Aber könnte von diesem Instrumentarium verlangt werden, dass es an die Stelle der militärischen Landesverteidigung träte und deren Funktion übernähme?*

Selbstüberschätzung?

Es ist sicher richtig, was der Bundesrat in seinem Bericht über die schweizerische Friedens- und Sicherheitspolitik» schreibt: *«Weil aber die heutigen Konflikte weltweit Auswirkungen haben, kann die Schweiz nicht darauf verzichten, auf ihre Ursachen Einfluss zu nehmen.»* Grenzt es aber nicht an Grössenwahn, wenn die Schweiz annimmt, dass sie das internationale Umfeld allein mit ihrem friedens- und sicherheitspolitischen Einfluss so stabilisieren könnte, dass die Ursachen für existenzbedrohende Konflikte verschwinden und auch in Zukunft kein Fall mehr denkbar bleibt, in dem eine militärische Landesverteidigung notwendig sein könnte? Und wäre es nicht ähnliche Selbstüberschätzung, wenn die Schweiz annähme, dass sie allein durch ihr Vorbild – dadurch, dass sie auf den Unterhalt einer Armee verzichtet – einen derartigen Einfluss auf die übrigen Staaten ausüben könnte, dass auch diese sich zur Abschaffung ihrer Streitkräfte entschlössen?

Eine derartige Vorstellung von einer konfliktfreien Welt setzt einen neuen Menschen voraus, einen Menschen, der auf Wettbewerb, Rivalität, Machtentfaltung auf Kosten anderer und auf Durchsetzung seiner Interessen verzichtet: kurz, einen Menschen, wie ihn schon Karl Marx als Grundlage seiner klassenlosen Gesellschaft erträumt – aber eben nur erträumt – hat.

Es wäre nun aber falsch, den Menschen *nur* negativ als reissende Bestie zu sehen, wie er im Satz von Thomas Hobbes: «Homo homini lupus» (der Mensch ist dem Menschen ein Wolf) erscheint. Der gleiche Mensch, der imstande ist, rücksichtslose und brutale Gewalt gegen seinen Mitmenschen bzw. gegen seinen Rivalen und «Feind» anzuwenden, war und ist auch imstande, die bedeutendsten und eindrücklichsten Kunst- und Kulturwerke hervorzubringen, seine elementaren Triebe zu zähmen und Konflikte ohne Gewalt auszutragen. Die Möglichkeiten und Motive zu friedlichem wie zu kriegerischem Verhalten liegen im Menschen selbst, unentwirrbar nahe beieinander. Nicht ohne gute Gründe hat Max Picard kurz nach dem Zweiten Weltkrieg «Hitler in uns selbst» geschrieben.[6] Die Botschaft dieses Buches lautet: Auch in uns, in allen Menschen, liegen die Möglichkeiten eines Verhaltens bereit, wie sie im Dritten Reich Wirklichkeit geworden sind, da unsere primitiven Schichten, die noch aus altsteinzeitlicher Vergangenheit und Erfahrungswelt stammen, immer noch in uns schlummern, nur knapp durch die Vernunft unter Kontrolle gehalten werden und jederzeit bereit sind, wieder unser ganzes Wesen zu überschwemmen.

Zwiespältigkeit des Menschen

Was tun, angesichts dieser ambivalenten Anlagen des Menschen? Ist es besser, sich vor allem gegen den primitiven, zerstörerischen Teil zu wappnen und ein Sicherheits- und Verteidigungsdispositiv gegen drohende Übergriffe durch Mitmenschen zu errichten? Oder ist es angesichts der im Menschen vorhandenen Fähigkeiten zu vernünftiger Einsicht ratsamer, sich ausschliesslich der Pflege und Entwicklung der Vernunft zuzuwenden und zu hoffen, dass sie eines Tages gänzlich die Herrschaft übernehmen könnte?

Die Römer wussten noch, dass ein Wesen zwei Gesichter haben kann: sie bildeten Janus, den Gott des Anfangs und des Endes, mit zwei Gesichtern ab, gleichzeitig nach vorne und rückwärts blickend. Wir sollten uns diese alten Erkenntnisse wieder in Erinnerung rufen und unseren Rousseau-Glauben an den von Natur aus guten Menschen relativieren zugunsten des Wissens, dass der Mensch seiner Anlage gemäss verschiedenste Möglichkeiten des Verhaltens mitbringt, dass er mühsam sozialisiert werden muss und immer wieder nach dem Eigentum seines Nächsten schielt, dem er es – wenn keine Sanktion darauf steht – auch wegnimmt.

Paradox denken

Wir müssen mit Janus leben. Wir müssen akzeptieren, dass auch der Mensch zwei Gesichter hat, und wir sollten uns danach richten. Wir sollten uns daran gewöhnen, *paradox* zu denken, zu planen und zu handeln. Widersprüchliches ist immer gleichzeitig möglich oder sogar wirklich, und wir sollten uns diese Tatsache laufend wieder in Erinnerung rufen. *Der Mensch ist nicht entweder friedlich oder kriegerisch, er ist beides zugleich.* Und eine realistische Politik hat beides ins Auge zu fassen. Sie muss Sicherheitsvorkehrungen treffen gegen den zerstörerisch handelnden Menschen. Und da der zerstörerisch handelnde Mensch vielleicht keinem Zureden und keiner Vernunft mehr zugänglich sein könnte, kommen wir nicht darum herum, auch jene Mittel bereitzuhalten, zu denen wir in dieser Extremsituation Zuflucht nehmen müssten: die Mittel der Gewalt, d.h. die Waffen, die Armee.

Wir dürfen und sollen aber auch die vernünftige, konstruktive Seite des menschlichen Charakters berücksichtigen und alle Chancen ergreifen, um die Kommunikation, das Gespräch, den Dialog und mögliche Verfahren des Konfliktaustrags ohne Gewalt zu entwickeln.

Dieses Denken in Widersprüchen fällt vielen Zeitgenossen schwer. Sie möchten lieber eine eindeutige Welt, in der etwas so oder anders, aber nicht beides zugleich ist. Aber selbst in den strengsten Naturwissenschaften ist man dazu gekommen, die widersprüchlichen Eigenschaften der Welt anzuerkennen. Licht z.B. wird von den Physikern einerseits als Welle behandelt und analysiert; anderseits besteht Licht aus Energiequanten und verhält sich unter dieser Perspektive anders und folgt anderen Gesetzmässigkeiten. Licht ist nicht nur Welle oder nur eine Summe von Energiequanten, sondern beides. Das Denken in Alternativen, in Gegensätzen «Entweder-Oder», erweist sich als der Realität nicht angemessen.

Friedens- und Konfliktforschung

Gleich verhält es sich mit der Sicherheitspolitik. Wenn sie ihren Überlegungen den realen Menschen mit seinen verschiedenen Gesichtern und Verhaltensmöglichkeiten zugrunde legt, muss sie eine Politik des Sowohl-als-Auch und nicht des Entweder-Oder sein – eine Politik der Verhandlungsbereitschaft und der Solidarität, aber zugleich auch der Verteidigungsbereitschaft.

Es gibt weltweit keine wissenschaftliche Konflikt- und Friedensforschung, die nicht die ererbte Konflikthaftigkeit der Menschen zugestehen müsste. Es kann deshalb nicht Aufgabe wissenschaftlicher Forschung sein, Modelle einer idealen, friedlichen Gesellschaft zu entwerfen, denn solche Modelle gehen nicht vom empirischen Befund des existierenden Menschen aus und bewegen sich als Utopien im luftleeren Raum.

Die ernstzunehmende wissenschaftliche Konfliktforschung steckt noch ganz in den Anfängen. Sie ist noch immer mit der Erforschung der Grundfragen der menschlichen Konflikthaftigkeit beschäftigt und weit davon entfernt, Rezepte für eine wissenschaftlich verlässliche Produktion von Sicherheit geben zu können. Sie geht heute aufgrund der Daten von Ethnologie und Verhaltensforschung davon aus, dass es weder in der Vorackerbauzeit noch unter den sogenannten Naturvölkern «von Natur aus friedliche» Menschengruppen je gegeben hat und dass die natürliche Grundbedingung des Menschen die des Wettbewerbs um immer knappe Resourcen, um Territorien und um Fortpflanzungspartner war. Alle Versuche, das Ausarten des Wettbewerbs in gewaltsamen Kampf durch Rechtsordnungen zu verhindern, sind bis heute unzuverlässig.

Es ist auch wenig wahrscheinlich, dass die Existenz der Nuklearwaffen einen qualitativen Wandel im Wesen des Menschen herbeigeführt hat, trotz aller Beschwörungen, dass es angesichts der drohenden Apokalypse so sein *müsse.* Es wäre deshalb grundfalsch, nur die Bedrohungen durch die Nuklearwaffen ernst zu nehmen und die Bedrohungen, die in der Natur des Menschen liegen, plötzlich zu vernachlässigen und alle bisher bewährten Vorsichtsmassnahmen fallen zu lassen.

Friedenspolitik und Landesverteidigung

Die schweizerische Sicherheitspolitik ist ein realistisches Instrument. Ihre beiden Komponenten – die präventive und die defensive – entsprechen der menschlichen, sozialen und politischen Realität.

Es ist richtig, dass bisher die defensive Komponente – im wesentlichen die Armee – sehr stark im Vordergrund stand. Aber angesichts des machtpolitischen Charakters der Bedrohungen war das angemessen, und die Geschichte hat dieser Konzeption recht gegeben.

Es ist richtig, dass die präventive Komponente verstärkt und ausgebaut werden muss – sogar noch über die oben beschriebenen Elemente hinaus –, um auch die nicht mehr nur machtpolitischen neuartigen Bedrohungen der modernen Welt (die ökologischen, demographischen und ökonomischen Bedrohungen) besser erkennen und sich besser gegen sie vorsehen zu können.

Es wäre aber falsch, wegen dieses Ausbaus das wichtigste Instrument der defensiven Komponente, die Armee, abzuschaffen oder auch nur zu schwächen. Gerade ihr Vorhandensein ist die beste Gewähr dafür, dass machtpolitische Existenzgefährdungen unwahrscheinlich bleiben.

Deshalb muss es heissen: Friedenspolitik **und** Landesverteidigung – Friedenspolitik **statt** Landesverteidigung wäre Selbstaufgabe aufgrund einer Illusion.

Anmerkungen

[1] Bundesblatt 1984 I 175.
[2] Bundesblatt 1973 I 890.
[3] Bericht über die Friedens- und Sicherheitspolitik der Schweiz; Postulate 84.348 von Ständerat F. Muheim vom 8. März 1984 und 88.384 von Nationalrat M. Pini vom 16. März 1988), Bern 1988 (o. D.).
[4] ebenda S. 12
[5] Bundesblatt 1982 II 729.
[6] Max Picard, Hitler in uns selbst, Erlenbach-Zürich 1946. ■